

Hanna Behrend

Meine Abwicklung an der Humboldt-Universität

Die im Oktober 1989 durch Massendemonstrationen bekräftigten Forderungen tausender DDR-Bürgerinnen und -Bürger nach überfälligen Reformen, die dem Sozialismus endlich ein menschliches Antlitz geben sollten, habe ich euphorisch begrüßt und gehofft, dass sich die DDR nun endlich in ein Land verwandeln würde, in dem die sozialen Errungenschaften, die in den letzten vierzig Jahren erreicht wurden, mit demokratischen Strukturen und individuellen Selbstbestimmungsrechten verknüpft werden würden. Das ist nicht geschehen, obwohl eine starke Minderheit, darunter viele Künstler/innen und Wissenschaftler/innen, aber auch Arbeiter/innen und Angestellte, Jüngere wie Ältere sich dafür engagierte.

Die für viele Menschen unerwartete Unterordnung der DDR unter das westdeutsche Kapital erfolgte mit rasender Geschwindigkeit. Unter dem Druck einer lautstarken Minderheit, die entscheidende bundesdeutsche und ausländische Verbündete hatte, kam es nicht zu der zunächst vorgesehenen Konföderation der beiden deutschen Staaten, sondern zum Galopp in die Einheit und damit zur Beseitigung dessen, was sich Menschen in vierzig Jahren *trotz* stalinistischer Partei- und Staatsführung aufgebaut hatten und was in ein gemeinsames Deutschland einzubringen für Ost- und Westdeutsche von Vorteil gewesen wäre, so die Arbeits- und Familiengesetzgebung, das Recht auf Arbeit, auf Bildung, auf Kinderbetreuung, auf kostenlose Gesundheitsversorgung.

Seit Oktober 1989 wurden zunächst auch in allen wissenschaftlichen Bereichen an der Humboldt-Universität Reformvorschläge für Lehre und Forschung lebhaft diskutiert. Sie beabsichtigten ein selbstbestimmteres, weniger reglementiertes Studium und weniger Bürokratie. Aber bereits im Dezember wurde sichtbar, dass kein einziger unserer Reformvorschläge verwirklicht würde. Vielmehr würden uns die bundesrepublikanischen Verhältnisse übergestülpt werden und ein umfassender Elitenwechsel bevorstehen.

An der Sektion Anglistik-Amerikanistik schien vieles zunächst weiter wie bisher zu laufen. Noch am 24. April 1990 erhielt ich eine Anerkennungsurkunde des Rektors für meine Arbeit zur Förderung von Studierenden. Allerdings konnten meine Diplomstudentinnen, die ursprünglich ein Promotionsstudium antreten sollten, dies nicht mehr tun, weil es trotz meiner Intervention beim Senat ab sofort keine Stipendien mehr gab. Die alten Regelungen wurden storniert und neue ließen auf sich warten. Nach dem Wegfall der Forschungsstipendien und Habilitations-Aspiranturen gab es einige Jahre nach 1990 an der Anglistik-Amerikanistik der HUB daher weder Promovierende noch Habilitierende.

Auf dem Arbeitstreffen zur Situation von Frauen und Frauenforschung an Universitäten und Hochschulen in Berlin und Brandenburg am 5. Dezember 1991 erfuhren wir, dass Wissenschaftlerinnen in Berlin den Platz 3 unter den schwer vermittelbaren

Berufsgruppen belegten. Der Abbau von Wissenschaftlerinnen an der HUB betrug 77 %, von 3 356 auf 776 Stellen, gegenüber 20 %, von 1731 auf 1 385 Stellen, bei männlichen Wissenschaftlern. Auch an unserer Sektion war jeder zweiten Frau und jedem dritten Mann gekündigt worden. Diese Kündigungen dezimierten vor allem die vorher zahlreichen unbefristeten Stellen des Mittelbaus. Da Frauen dort besonders stark vertreten waren und den größten Teil der Lehre abdeckten, wirkte sich dieser Abbau negativ auf die Studierenden aus. Während zu DDR-Zeiten zwanzig Studierende in einem Seminar saßen, wurden es jetzt im Durchschnitt vierzig bis fünfzig.

Einige warteten nicht ab, bis sie entlassen wurden; sie suchten sich eine andere Arbeit. Manche kamen in der Schule unter, wo Englischlehrer/innen fehlten. Andere verließen Berlin oder sogar Deutschland.

Absolventinnen, selbst wenn sie bereits einige Jahre als Englischlehrerinnen gearbeitet hatten, wurde plötzlich der Abschluss, der ihnen die Lehrbefähigung bis einschließlich der Abiturstufe bescheinigte, nicht mehr anerkannt. Zwar galten damals auf dem Gebiet der ehem. DDR offiziell noch die alten Abschlüsse, aber die Absolventen wurden als lehrbefähigt nur bis zur 10. Klasse eingestuft. Zur Lehrberechtigung für die gymnasiale Oberstufe fehlte ihnen nun die Qualifikation des Studienrats. Erst einige Jahre später wurde Diplomallehrer/innen ermöglicht, den Studienratsabschluss zu erwerben. Im Wesentlichen wurde ihnen eine Zusatzausbildung auferlegt, die über eine Wiederholung von Kenntnissen, die sie bereits während ihres Studiums erworben hatten, nicht hinausging. Allerdings wurden in der DDR ausgebildete Diplomallehrer/innen am Ende auch ohne die Qualifikation des Studienrats an ostdeutschen Gymnasien beschäftigt, weil der akute Mangel an Lehrpersonal für Englisch an den Schulen im Osten Deutschlands dies erzwang. ›Westlehrer/innen‹ rissen sich mehrheitlich nicht einmal, wenn sie arbeitslos waren, darum, in den Osten zu gehen, um dort diesem Mangel abzuhelpfen, wo die Lehrkräfte bis heute wesentlich schlechter bezahlt werden; noch viel weniger diejenigen, die Arbeit hatten. – Eine meiner Studentinnen war abgewickelt worden, weil sie im Zweitfach Russischlehrerin war und für dieses Fach kein Bedarf mehr bestand. Sie musste den Beruf aufgeben und sich zur Bürokauffrau umschulen lassen.

Unter dem Stichwort der »inneren Erneuerung oder Selbstreinigung« wurde auch in der Anglistik in Vollversammlungen mit dem DDR-Regime und mit einzelnen Kollegen abgerechnet. Die Entsolidarisierung unter den Kollegen und Kolleginnen begann damit, dass sich Parteilose als Opfer des verflornten Regimes präsentierten und die Mitglieder der einst »führenden Partei« pauschal zu Schuldigen erklärten.

In einem Anfang 1990 verfassten offenen Brief wies ich darauf hin, dass man in den letzten 20 Jahren an unserer Sektion aber von einer allgemeinen Privilegierung von SED-Mitgliedern zuungunsten nicht parteigebundener Mitarbeiter/innen nicht sprechen könne. Von den neun Professor/innen waren zur Zeit ihrer Ernennung fünf parteilos. Diese hatten einflussreiche Positionen als Bereichsleiter, Sektionsdirektor, Fachrichtungsleiter, in der Shakespeare-Gesellschaft, in der Fachkommission und in

ähnlichen Gremien. Ihr Einfluss und Spielraum den Behörden gegenüber stand dem der SED-Mitglieder in nichts nach. Auch was Reisemöglichkeiten ins westliche Ausland betraf, waren sie im Vergleich mit den SED-Mitgliedern keineswegs benachteiligt.

Als eine besonders wirksame Waffe zur Delegitimierung der DDR erwies sich die »Stasikeule«, d.h. der Vorwurf, ehrenamtlich oder besoldet für die Staatssicherheit gearbeitet zu haben. Bereits der Verdacht einer solchen Zusammenarbeit genügte, um suspendiert zu werden. Dabei spielte es keine Rolle, aus welchen Motiven und zu welchem Zweck jemand mit dieser staatlichen Stelle zusammengearbeitet hatte. Ob er Verbrechen aufklären, einen Sabotageakt verhindern oder ob er sich bei den Behörden Liebling machen wollte und dafür Freunde und Bekannte bespitzelte, ob er dazu erpresst worden war oder sich aus ideologischer Verblendung freiwillig als »inoffizieller Mitarbeiter« (IM) zur Verfügung stellte, war alles eins. Es genügte der Nachweis einer Bereitschaftserklärung aus der Gauck-Birthler-Behörde, den Verwaltern der gigantischen aktenmäßigen Hinterlassenschaft der Staatssicherheit, einem seit inzwischen fast zwanzig Jahren mit finanziellen Mitteln exzellent ausgestatteten Amt.

Eine englische Kollegin empfand, wie sie mir in einem Brief mitteilte, dass »die zornigen Aufforderungen an ehemalige MfS-Zuträger sich zu offenbaren, verdammt nach einem neuen McCarthyismus riechen«. Sie berichtete, dass Übersetzer, die für das Ministerium für Außenhandel tätig waren, vor die PSK (Personal- und Sozialkommission) geladen und aufgefordert wurden, sich zu rechtfertigen, warum sie eine solche Arbeit überhaupt angenommen hätten.

Mein offener Brief löste einen Eklat aus. Einige der Kolleg/innen, die mir öffentlich zustimmten, wurden gewarnt, dass eine solche Haltung ihren Verbleib an der Universität nicht fördern würde, wie auch eine weitere Zusammenarbeit mit mir sich für sie ungünstig auswirken könnte. Die Blütenträume von einer wirklich demokratischen und selbstbestimmten Reform des Hochschulwesens waren bereits Anfang 1990 ausgeträumt.

Seit 1992/93 gab es keine wahlweise obligatorischen Seminare mehr und damit keine gemeinschaftliche, von Lehrkräften angeleitete studentische Forschung; mein eigenes Forschungsprojekt Rasse/Klasse/Geschlecht existierte nur noch als ein mit dem Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung (ZiF) verbundenes außeruniversitäres Projekt. Eine Zeit lang konnte ich das Projekt in gewissem Umfang noch über Lehraufträge an der Uni betreiben. Im Sommersemester 1994 wurden die Lehraufträge an der Anglistik plötzlich mit der Begründung verweigert, dieses »Überangebot« an Lehrveranstaltungen könne zu Stellenstreichungen führen. Erst nach Intervention der Frauenbeauftragten wurden Lehraufträge wieder erteilt.

Auch die Shakespeare-Tage in Weimar veränderten sich nach 1990 von Grund auf. Sie waren bis dahin ein intellektuelles Fest für alle an der englischen Sprache und Kultur, an Shakespeare und am Englischunterricht Interessierten, eine Zusammenkunft von Englischprofessor/innen, Englischlehrer/innen, Übersetzer/innen, Theaterleuten, Absolvent/innen und Studierenden, die die Weimarer Hotels,

Jugendherbergen, Gaststätten und Kaffeehäuser füllten und überfüllten, über die Theateraufführungen diskutierten, in den Kolloquien und Seminaren saßen und Fragen stellten, auch eigene Veranstaltungen anboten, durch Weimar schlenderten, die Museen und die dort stattfindenden Ausstellungen besuchten, kurz, für vier Tage das Leben der Stadt prägten. Auf der Mitgliederversammlung der Shakespeare-Gesellschaft 1990 erfolgte die Fusion der Ost- mit der West-Gesellschaft. Danach veränderte sich der Charakter der Shakespeare-Tage völlig. Die fusionierte Gesellschaft hielt fortan Fachkonferenzen ab, die nur Spezialisten interessierte.

In der Wendezeit im Oktober/November 1989 entstand aus den relativ bescheidenen oppositionellen Vorwendeaktivitäten von Frauen plötzlich und schneeballgleich eine höchst aktive, emanzipatorische und unabhängige Frauenbewegung, der es einige wenige Jahre lang gelang, einer großen Zahl von Frauen ihre eigenen politischen, sozialen und kulturellen Interessen bewusst zu machen. Sie fiel allerdings nach wenigen Jahren in sich zusammen und verschwand 1997 von der politischen Bildfläche. Eine aus dieser Frauenbewegung hervorgegangene Institution hat die Vereinigung überlebt: das oben bereits genannte ZiF, das am 8.12.1989 an der Humboldt-Universität gegründet wurde. Hundert Frauen, zu denen auch ich gehörte, und fünf Männer nahmen an der konstituierenden Sitzung teil und beschlossen, eine Ringvorlesung über Frauenforschung zu organisieren, ein Programm für den internationalen Hochschulferienkurs anzubieten, übergreifende Forschungsaspekte und -projekte zu diskutieren und gemeinsame Publikationen zu organisieren.

Zwischen dem ZiF und dem Arbeitskreis wissenschaftlich und künstlerisch tätiger Frauen im FFBIZ (Frauenforschungs-, -bildungs- und Informationszentrum) in Berlin kam es zu einer freundschaftlichen Kooperation, die allerdings die ersten Nachwendejahre nicht überlebte.

Das ZiF organisierte damals auch sogenannte Ostfem-Konferenzen. Seine Bemühungen zugunsten von ostdeutschen Wissenschaftlerinnen, die abgewickelt werden sollten, bzw. denen die verdiente Professur verweigert wurde, sowie für die Freigabe der stornierten Promotionsstipendien beim Senat und bei der Universitätspräsidentin waren allerdings erfolglos.

Während an unserer Sektion die Zerstörung der alten Strukturen und der Personalumbau relativ langsam vor sich ging, fand der Elitenaustausch an Sektionen, die in DDR-Zeiten von größerer politischer Relevanz waren, in einem ganz anderen Tempo statt. An der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät wurde 1991 ein 74-jähriger Professor – Fachmann für Ökometrie, ein ehemaliger SS-Sturmbannführer und stellv. Kommandeur einer SS-Panzergranadier-Division – Leiter der Struktur- und Berufungskommission. Er sorgte dafür, dass von den 1989 beschäftigten 180 Lehrkräften der Fakultät am Ende nur noch zehn übrig blieben.

Bis heute besetzen Ostdeutsche einer potsdamer Studie zufolge von den Führungspositionen in der Bundesrepublik nicht mehr als 2,5 % in der Verwaltung, 0,4 % in der Wirtschaft, 8,4 % in Wirtschaftsverbänden, 12,4 % in den Gewerkschaften, 11,8 % in den Massenmedien, 12,1 % in der Kultur, 7,3 % in der Wissenschaft, 0 % in der Justiz und beim Militär.

Der Elitenaustausch in Ostdeutschland veranlasste die Ausgesonderten, soweit sie nicht aus unbefristeten in befristete Stellen genötigt oder ganz aus der Wissenschaft hinausgedrängt wurden und in andere Arbeitsbereiche wechseln mussten, sondern in den Vorruhestand oder Ruhestand gehen konnten, zur Schaffung einer zweiten Kultur der Wissenschaft außerhalb der Hochschulen und Forschungsinstitutionen, in Vereinen und Arbeitskreisen. Auf diese Weise entstand in den letzten zwanzig Jahren eine beachtliche, im wesentlichen gesellschafts-, kunst- und geisteswissenschaftliche Literatur, die zwar vom Mainstream ignoriert, aber von den Fachleuten, oft stillschweigend, zur Kenntnis genommen wird.

Mit der Abschaffung der wöchentlichen Bereichsbesprechungen, auf denen Fragen der Arbeitsplanung und -verteilung, der Promotionen und Habilitationen, der Mitarbeiterbesoldung, Prämien und andere Personalfragen behandelt wurden, verstärkte sich einerseits die Vereinzelung der wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen, andererseits verfestigten sich die hierarchischen Strukturen an der Universität. Die Transparenz wich der Geheimhaltung und dem gegenseitigen Misstrauen. Die alte Bürokratie wurde durch eine noch umfangreichere und weniger durchschaubare ersetzt. Die sicheren Arbeitsplätze für die Absolvent/innen fielen weg. Auf der anderen Seite standen Mitarbeiter/innen und Studierenden nun die lange entbehrten Bürgerrechte zu: uneingeschränkte Reisemöglichkeiten in das westliche Ausland, selbstbestimmter Hochschul- und Fachwechsel, Wegfall des Drucks, sich den politischen Anforderungen des SED-Regimes anzupassen, ein nicht zu unterschätzender Fortschritt, der besonders von den jüngeren DDR-Generationen gewürdigt wurde, die das Ende der ständigen Reglementierung und Gängelung als Befreiung empfanden. Diese Politik war dafür verantwortlich, dass sich vor allem diese Jüngeren immer mehr von den sozialistischen Visionen, die ihre Väter und Mütter einst mit der DDR verbunden hatten, entfremdet hatten.